

# Bald höhere Briefentgelte nun erst recht

Deutschland aktuell

## Ver.di-Streik-Strategie oder „Deutsche“ Planspiele anno 2015

*Streiken muß wehtun – mit diesem redundanten Geschwätz glauben Journalisten derzeit den deutschen Steuerzahler veralbern zu können. Zuletzt geschehen, heute, Sonntag, 9. Mai, im „Pressegespräch“ im „Ersten“. Tue der Streik niemandem weh, sei er keiner. Gleichzeitig lamentiert man über Spartengewerkschaften (dies wahrscheinlich besonders dann, wenn man selber betroffen ist und den Flieger oder den ICE für seine firmenbezahlten Reisen nicht bekommen kann). Nichts Neues also, eben das Übliche an Scheinheiligkeit in deutschen Leitmedien.*

Zur Deutschen Post. Mitte März machten diese Bonn-/Berliner Überlegungen die Runde: Deutschland müsse sich fortan auf höhere Briefporti einstellen. Aus dem Wirtschaftsministerium in Berlin verlautete, so das „Handelsblatt“ am 12. März, daß die (1998 gegründete) Bundesnetzagentur die bisherige Preisregulierungspraxis „zeitnah“ umstellen werde. Das, so folgerte man in den Medien, u.a. im „Spiegel“, mache Schluß mit der Regelung, nach der die Deutsche Post für die Beförderung eines normalen Briefes bislang nur ihre eigenen Kosten plus einen angemessenen Gewinnaufschlag berechnen dürfe. Fortan sollen die deutlich höheren Gewinnmargen vergleichbarer europäischer Konkurrenten als Maßstab angelegt werden. Tatsächlich schreibt etwa die (staatliche) französische Post seit einigen Jahren Gewinn, dank fast jährlicher Preisanhebungen im gesamten Briefspektrum (nicht nur beim „Schwergewicht“ Standardbrief). La Poste, 100% im Staatsbesitz, ist übrigens mit 94% Beteiligung an „Dynamic Parcel Distribution“, ehemals Deutscher Paketdienst DPD, auf dem deutschen Markt erfolgreich. Der französische Postkunde murt zwar über hohe Preise, weiß aber, es ist noch „seine“ Post.

Im Wirtschaftsministerium ist die Auffassung evident, daß die Preise der Deutschen Post im internationalen Vergleich bei hoher Dienstqualität als niedrig einzuschätzen seien, dies vor dem Hintergrund, daß das Gelbe Unternehmen die Grundversorgung, etwa auch in ländlichen Gegenden, mit personalintensiven Beförderungsnetzen sichere und daß andererseits der wachsende elektronische Briefverkehr das Minus aus einem stetig sinkenden Briefaufkommen (gemeint sind vollbezahlte Sendungen) nicht wettmache.

Deutschland anno 2015 im Streikrausch, genauer: dem Kampfgetobe sich machtgeil aufschaukelnder Spartengewerkschaften hilflos ausgeliefert – **das haben generell Privatisierung und Globalisierung unter dem national schädlichen Scheinargument der Modernisierung der „Grundversorgung“ im Transport bisher gebracht.** Dabei wurde, was die Post betrifft, bis zur Einläutung des Aktienzeitalters 1995 und seinen Shareholder-Value-Interessen jedes Jahr noch eine meist milliardenschwere Abgabe von der Bundesbehörde an den deutschen Finanzminister überwiesen.

Soll das Land also inzwischen froh sein, im Postsektor von um Mitgliederstärken buhlenden, durch persönliche Eitelkeiten ihrer Führer am Nasenring geführten Spartengewerkschaften (noch) verschont zu sein? Hat es sich „eine Atempause verdient“, wie ein Bahn-GDL-Weselsky in diktatorischer Manier großzügig meint? Den letzten großen Poststreik führte 1980 die da noch eigenständige Postgewerkschaft durch. 25.000 Arbeiter und Angestellte der Deutschen Bundespost kämpften damals um Verbesserungen im Schichtdienst. Nach Zusage der Arbeitgeberseite zur Gewährung zusätzlicher Freischichten wurde fünf Tage später die Arbeit wieder aufgenommen. Dann war im großen und ganzen Ruhe. 2001 ging die DPG gemeinsam mit der ÖTV, HBV, IG Medien und DAG in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) auf. Seitdem ist die Streiklust bei dieser „Einheitsgewerkschaft“ gewachsen.

Dieses zweite Mai-Wochenende beschert den Deutschen nun die Nachricht über einen bevorstehenden harten Arbeitskampf. Die kämpferischen Positionen der Kontrahenten kann man sich schenken, getäuscht und gelogen wird bis zum Schluß. Ende vom Lied wird eine spürbare Erhöhung der Briefpostgebühren sein. Sie wird man dann zum Jahresende mit dem üblichen, inzwischen sattsam bekannten Marketingsprech von „fehlenden Umsätzen“ und „Aufrechterhaltung der Grundversorgung“ rechtfertigen, dabei eigene höhere Renditen (Dividenden) einstreichend. Natürlich auch auf seiten der Gewerkschaft mit ihren zwei Vertretern im Aufsichtsrat. Darunter befindet sich jene Andrea Kocsis, die jetzt gegen den Vorstand stärkstes Geschütz auffährt und doch stellvertretende Aufsichtsvorsitzende ist – eine „Personalie“, die, wie üblich in den sog. „Qualitätsmedien“, unterschlagen wird. **Die Bürger werden letztlich dafür zahlen, daß der Briefdienst nicht durch Spartengewerkschaftsallüren in die Knie gezwungen wird.** Diese Denke bzw. Vorgehensweise, sich bei anderen schadlos zu halten, ist ja nichts Neues in „diesem unseren Lande“: Wie ließ es doch ein bekannter WDR-Fernsehjournalist das von den GEZ-Erhöhungen geplagte Volk im ideologischen Oberlehrerton wissen? 1. und 2. Programm empfangen zu wollen, wofür man „anständig“ bezahle, sei eben eine „Demokratieabgabe“.

Was die erwähnte Eitelkeit bei den Kontrahenten angeht, muß man sich über die Mediengeilheit fraglicher Personen keine Illusionen machen. Auch nicht darüber, wenn es um gesunde Abneigungen geht. Wie das? Nun, erst kürzlich hat die 2012 vor Arbeitsantritt im Mitarbeiterblatt „Die Post“ und auch von Ver.di gefeierte, von Daimler kommende Personalchefin Angela Titzrath 2104 „aus persönlichen Gründen“ das Handtuch geschmissen. An ihrer Stelle (wie im Vorstand) arbeitet seitdem Melanie Kreis. Woher kommt die seit 2004 bei der Post AG tätige Frau? Von McKinsey und Apax. Wem klingelt da nicht etwas? Apax ist jener Finanzdienstleister, an den 2000 der seinerzeitige und wohl unfähigste deutsche SPD-Finanzminister, Hans Eichel, die Bundesdruckerei Berlin verhökerte. Die „Welt“ schrieb dazu acht Jahre später, nach millionenschwerer, den Steuerzahler (nicht Eichel) belastenden „Rückübernahme“ der Druckerei, griffig: „Privatisiert, ausgesaugt und wieder verstaatlicht“.

Philatelie-Digital, 10/2015